

befolgender im Dokument auf. Bei den Jahren 1916 bis 1918 entstanden auf der einen und dem Rückgang der Arbeits- und Betriebsaufträge auf der anderen Seite ist wunderbar hoher Arbeitslosenstand aufgetreten. Die zahlreichen Betriebe müssen bereits auf Grund schlechter Wirtschaft mehr Belegschaft reduzieren, als zur Ausführung der vorliegenden Arbeiten erforderlich waren. Neben dieser verlustreichen Beleidigung überzähliger Betriebskräfte standen den Arbeitgebern nicht mehr kostengünstige Arbeiter für die Gewerbeausübung zur Verfügung. Diese Kosten würden zu weiteren Betriebs einschränkungen, zur Entlassung von Arbeitskräften und somit zu übermäßiger Belastung der Gewerbeabsatzentfernung führen.

— 8. Haben Arbeitswillige Anspruch auf Bezahlung bei Streik? Die Arbeiter einer östlichen Firma traten am 15. April da, ja, in den Streik. Es bildete sich eine kleine Gruppe von Arbeitswilligen, die sich der Firma gegenüber bereit erklärten, die Arbeit fortzuführen. Es war diesen Arbeitern jedoch nicht möglich, die Arbeit aufzunehmen, denn die Streikenden hatten Streikposten aufgestellt, die den Arbeitswilligen den Einstieg in die Arbeitsräume verweigerten. Infolge ihrer Bereitschaftlichkeit die Arbeit fortzuführen, gaben nun die Arbeitswilligen Anspruch auf Bezahlung der Streikzeit zu haben. Sie machten geltend, daß schon die Bereitschaftlichkeitserklärung zur Arbeit den Arbeitgeber zur Bezahlung des entgangenen Gehaltes verpflichte. Die Firma bestreitet ihre Zahlungspflicht und die Arbeitswilligen etablieren Klage, mit der sie vom Gewerbeamt unter folgender Begründung abgewiesen wurden: „Das Recht der Arbeitnehmer, zur Erhaltung besteter Wohnverhältnisse in keinem Ausland zu treten, ist unbedeutend. Die Käger können aber für den Wohnraum nicht die Bedingung (die Firma) in Anspruch nehmen, da nicht viele es ihnen unmöglich gemacht hat, zu arbeiten, sondern beide. Durch das Stellen von Streikposten, durch Ausübung oder in Aussichtstellung von Terror sind die Käger nicht in der Lage geworden, die angebotenen Dienste zur Ausführung zu bringen. Das ist aber ein Umstand, den die Bevölkerung nicht zu vertreten hat. Die Käger können sich nach Auskunft des Gerichts lediglich an diejenigen halten, die sie an der Ausübung der Arbeit gehindert haben; dies umso mehr, als die Organisation, der die Arbeiter der Bevölkerung angehören, ausschließlich den Streik, wie die Käger in der Verhandlung erklärt haben, mitschlägt hat. Es fehlt noch zwischen dem Schaden, den die Käger erlitten haben, und der Handlung der Bevölkerung jeder Rauschzusammenhang.“

— 9. Stundung der Grundsteuer bei Kapitalabschaffungen. Nach § 21 Absatz 1 des Grundsteuerabschaffungsgesetzes vom 12. September 1919 sind Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern, die mit Hilfe der Kapitalabschaffung Grundstücke erwerben, nach höherer Bestimmung des Reichsrates von der Steuer befreit. Der Reichsminister der Finanzen hat, da der diesbezügliche Beschluss des Reichsrates noch nicht ergangen ist, mit Erlass vom 9. Januar 1920 die Steuerstellen ermächtigt, die Grundsteuerabschaffung vorerst auf Antrag ohne Sicherheitsleistung zu stunden, wenn ein Erwerber Kriegsbeschädigte oder Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern in Frage kommen, die bei einer Abfindung hinsichtlich ihrer Versorgungsgebührnisse auf Grund des Kapitalabschaffungsgesetzes Grundstücke erwerben.

— 10. Ausbildung der Lehrlinge. Über die Ausbildung der Lehrlinge. Hat die Dresdner Gewerbezammer den Innungen und Berufsverbänden folgende Anforderung zugehen lassen: „Aufgrund einer Anregung des deutschen Handels- und Gewerbevereins mögen wir Veranlassung, die Innungen und sonstigen Berufsverbände auf die Notwendigkeit der fortwährenden Ausbildung der Lehrlinge in den einzelnen Lehrjahren besonderh hinzuweisen. Bei der in letzter Zeit stattgefundenen wesentlichen Erhöhung der Gesellen- und Gehilfenlöne erscheint es für die Betriebsinhaber dringend geboten, mit gut ausgebildeten, leistungsfähigen Gehilfen einzustellen, so daß den hohen Lohnsätzen auch entsprechende Arbeitsleistungen der Gehilfen gegenüberstehen. Die Innungen und Berufsverbände müssen daher der Herabsetzung der Lehrlinge zu höchsten Gehilfen besondere Aufmerksamkeit schenken und alsbald Richtlinien dafür ausschaffen, wie weit die Lehrlinge in den einzelnen Lehrjahren ihrer Ausbildung zu bringen sind. Wie uns bekannt geworden ist, haben bereits einige Innungen für einzelne Gewerbeberufe Richtlinien aufgestellt, in denen bestimmte Mindestleistungen der Lehrlinge in den einzelnen Lehrjahren festgelegt sind und die als Grundlage für die in gewissen Zeiträumen stattfindende Überwachung der Lehrlingsausbildung dienen.“ — Wir ersuchen die Innungen und Berufsverbände, Richtlinien für den Umgang der Ausbildung der Lehrlinge in den einzelnen Lehrjahren zu erlassen, ob und in welcher Weise die Überwachung der Lehrlingsausbildung gezeigt werden soll.“

Gitterau. Aus einer Untersuchung der 10- bis 14-jährigen Schüler des Gitterauer Gymnasiums ging hervor, daß nur 25 Prozent das normale Gewicht und die Normallänge erreichten bzw. überschritten, dagegen 50 Prozent unter der Normallänge, 75 Prozent unter dem Normalgewicht zurückblieben und daß ein Viertel aller Untersuchten außer schwer unterentwickelten Kindern gesäßt wiesen.

Bautzen. Die Stadtverordneten stimmen der neuen Befolgsordnung für die städtischen Beamten und Lehrer zu, die eine Erhöhung der Aufwendungen für Befolgsungen von 2½ bis 3½ Millionen jährlich zur Folge hat. Ferner wurde die Aufnahme einer 9. Stadtkasse in Höhe von 12 Millionen Mark genehmigt.

Viersen. Zwei Beamte des Reichsverkehrsministeriums, Abteilung Schiffahrt, verloren in Schandau, nach dem „Viersener Anzeiger“, eine Anzahl Fahrlässigkeiten Schiffstöße mit großem Übergewicht.

Wimberg. Rundgebungen von Arbeitslosen fanden hier am Montag und Dienstag statt. Unter den Rundfunkverbrechenden Abordnung wurde vom Bürgermeister Dr. Puschendorf mitgeteilt, daß voraussichtlich bei der nächsten Auszahlung die vom Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Chemnitz beschlossenen erhöhten Unterstützungsätze zur Auszahlung kommen würden und daß er seiner die weiteren Forderungen einer einmaligen Unterstützung von 100 Mark an jeden arbeitslosen Haushaltungsvorstand und 50 Mark an jede Conzelierung beim Rath der Stadt verhelfen werde.

Schleidenberg. An schwerer Pilzvergiftung erkrankt sind hier neun Personen, die von einem Pilzvergiftungskonsortium kamen, in dem sich giftige Knollenpilzarten befinden, die man für Champignons angesehen hatte.

Plauen. Eine sehr seltene leichte Form kam am Samstag in der Johanniskirche vor. Sechs junge Leute im Alter von 7–20 Jahren, aus Moskau kommend, nahmen das Christentum an und empfingen die heilige Taufe. Die jungen Leute sind Kinder des verstorbenen Sekretärs der sozialistischen Kirchenrat an der Universität Sotschi Dr. Abibow, der mit einer Sozialärztin verheiratet war.

Wien. Das zweite Bataillon des Heeresverwaltungsbataillons Nr. 27 mit dem Hauptquartier verließ am Sonnabend Wien und wurde mit der Eisenbahn nach seinem eigentlichen Garnisonsort Bratislava befördert.

Goldegg. Auf der Gewerbeausstellung zwischen Steinen und Wallenstein lag eine Kommission aus Gewerbeleuten, in der ersten Abteilung, welche die Eisen- und Metallwaren ausstellte. Diese Kommission wurde von dem

Wirt und Wirtin auf der Gewerbeausstellung, sowie dem Wirt und Wirtin eines Gasthauses etwas anders und nicht kann das klarer ausdrücken. Wie erstaunt aber gleich darüber zu sein, so ist auch das Werk mit herausgeworfen hatte, daß wurde mir in Wallenstein angetragen und leben, wie es hat mich weitererlangen konnte.

— 11. Befreiung. Die Gewerbeausstellung veranstaltete in einem kleinen Hotel zwei angelegte Clubzonen, die sich Engelhorn und Schaefer nennen. Engelhorn gab an, daß er seinen Sohn, einem Metzgerhändler in Konstanz, 170 000 Mark unterschlagen habe. Bei den Geschäftsmannen wurde ein Gesamtbetrag von rund 180 000 Mark noch vorfinden. Wie die Polizei behielt, sind die angegebenen Namen falsch.

Prag. Der Vorsteher des Kommunistenführers Hans, Dr. Wend, der selbst Kommunist war, bat Geldbörse abgelehnt, weil ihm nachgewiesen wurde, daß er keine Gewerbeausstellung nicht aus politischen, sondern aus finanziellen Interessen übernommen und dafür große Beträge gewerbt hat.

Nächsterlicher Bericht über die öffentliche Gewerbeausstellung in Görlitz

(Berichtsschule) am 18. Juli 1920.

Unterstellt: Herren Gemeindevorstand Hans als Vorsitzender, Gemeinbedienten Günther und Schmidt und 16 Gemeinderatsmitglieder. Beisitzend: Frau Schäfer, Herrn Krause, Dennis, Müller.

1. Berichterstatter Herr Gemeindevorstand Hans.) Von den Bauvorhaben der Firma Emil Müller über Errichtung eines Speicherneubaus im Dosen und des Holzverarbeitungsbetriebes zur Errichtung eines offenen Schwassens auf seinem Grundstück an der Schlesischen Straße und den vom Bauausschuss hierfür aufgestellten Bedingungen nimmt der Gemeinderat Kenntnis.

2. Berichterstatter Herr Gemeindeleiter Günther.) Die Dampflokomotive für Mittelgut Werder muss einer gründlichen Innenreparatur unterzogen werden. Die entstandenen Kosten betragen 943,20 Mark. Desgleichen hat der Mittelgutsaustausch die Instandsetzung des Kessels der Kartoffeldampfkocher beschlossen, deren Kosten sich auf etwa 2600 Mark belaufen. Der Gemeinderat stimmt den Beihilfen des Auschusses an.

3. Berichterstatter Herr Horn.) Der Eisenbahnbauaufstellung werden auf Ansuchen die Räume im Grundstück Schäfers Straße Nr. 1 für die Güterverholzung am Donnerstag, 30. Juni 1921 weiter mietweise überlassen, eine Weitervermietung über diesen Zeitpunkt hinaus aber kann der Bahnhofswartung nicht zugestanden werden, da die Gemeinde das Grundstück für Wohnungszwecke selbst benötigt hat. Das Eisenbahnbauamt möchte nunmehr die Errichtung eines eigenen Grundstückes ins Auge fassen. Die Wiedholz für die zur Zeit benötigten Räume hat der Gemeinde ausdrücklich vom 1. Oktober da, ja, ab von 900 auf 1100 Mark erhöht. Das Kollegium schlägt sich dem Vorschlag des Auschusses an.

4. Berichterstatter Herr Gemeindevorstand Hans.) Das Bandeswohnungswirtschaftsamt hat mehrere Verfügungen erlassen, nach welchen die Höhe der Bauguthaben neu geregelt, die Wiedholz behandelt und die Amtszeit der Bevölkerung verlängert wird. Auf die Anträge der Baumwollspinnerei und die darauf erfolgten Eindrücke der Gemeinde hat das Bandeswohnungswirtschaftsamt entschieden worden, die nicht allenfalls zu Gunsten der Gemeinde entschieden worden sind. Die Firma hat in von ihr errichteten, ausgelauteten und gemieteten Häusern Familien die Wohnungen ausgebündet, deren Unterbringung der Gemeinde unmöglich ist. Der zuständige Ausschuss wird beauftragt, zu dem Vorhaben der Firma einen Entschluß zu nehmen. Auf Anregung des Herrn Oberbaurath soll angestrebt werden, beim Bandeswohnungswirtschaftsamt wieder Verhandlungstermine in Görlitz eingerichtet werden. Über die Vermietungen von freizuerledigenden Wohnungen sollen bestimmte Richtlinien aufgestellt werden, um die bisherigen Unzulänglichkeiten zu vermeiden. Die befehlende Wohnungswissenschaft soll in nächster Zeit erneut feststellen, wo weitere Wohnungstellungen und Abtrennungen vorgenommen werden können.

5. Berichterstatter Herr Freudenberg.) Der Rat der Stadt Riesa richtet an den Gemeinderat das Ergebnis um Bewilligung eines laufenden Beitrages für die Unterhaltung der Oberrealschule. Die Anzahl habe im letzten Jahre einen Zuschuß von 360 000 Mark, d. i. 1070 Mark pro Schüler erfordert, dessen Auflösung den Riesaer Steuerzahler nicht allein zugeknüpft werden könnte, sondern billigerweise von den Gemeinden, welche die Anzahl mit tragen, mit getragen werden müsse. Von Görlitz beschafft 81 Schüler die Schranken. Der Vermittlungsausschuss ist der Meinung, daß dem Ansuchen nicht stattgegeben werden könne, weil das Bestreben doch eigentlich sein müsse, wie bei der Volksschule, auch die höheren Schulen an Einheitsklassen anzuschließen, deren Unterhaltung vom Staat zu tragen sei. Der bürgerliche Stand der Standesschule, als ein Privileg der Beamten, müsse abgeschafft werden, um auch den bestellten Einheiten Kinderbemittelten den Besuch der höheren Schulen zu ermöglichen. Herr Horn rechtfertigt den Standpunkt des Auschusses. Die Bewilligung einer laufenden Beitragszahlung das bestreiten zur Einheitsklassen unterbinden und deren Verwirklichung verlangen. Doch der politischen Umwälzung sei dem Verlangen einer höheren Bildung aller Volkskreise noch nicht Rechnung getragen. Dieses Urtheil muß bestätigt werden. Das Kollegium steht auf den Standpunkt des Auschusses und beschließt, die Bewilligung einer Beitragszahlung abzulehnen.

6. Berichterstatter Herr Gemeindevorstand Hans.) Die Bildungsförderung „Eule“, gebildet aus der Altengesellschaft Bruderschaft, der Stadt Riesa und dem Bezirksschulverbund Großenhain, erfüllt die Gemeinde Großenhain um Förderung der Mitgliedschaft. Das Unternehmen beschäftigt mit Unterstützung von Staatswegen die Errichtung eines Wohnhauses in großem Umfang. Gesamt sei zunächst der Bau von 72 Wohnungen an der Altenrode, Mühlmann- und an der zu erbaudenden 8. Straße zwischen der Riesener Schule und dem Grundstück des Herrn Dr. Rünge. Durch die Wiedereinführung der Gemeinden bestrebt man sich einen größeren Erfolg für die Erhaltung der Bauguthaben. Der Gemeinderat empfiehlt, die Mitgliedschaft mit einem Stammannteil zu erwerben. Herr Henckel will nicht, daß der Ausbau vorher die Säugungen der Schule eingehend prüfe, um im Verhältnis der Eulinen und Henckel seine Entscheidung zu erledigen. Nachdem der Henckel-Kartensammler, Gemeindevorstand Hans und Henckel sich für den Beitritt ausgesprochen, nimmt der Gemeinderat den Henckel-Kartensammler, Rathaus mit der Errichtung der Säugungen.

7. Nach der Vorlage des Bauausschusses wird eine Wohnungsabstimmung für den 2. Abschnitt der Steinwohnungsbauanlagen an der Lützstraße genehmigt. Etwas weitere Eingang.

Eigung der sächsischen Volksbank.

Wil, Dresden, 15. Juli.

Die Kommission beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Antrag des Volksbankausschusses der Stadt Dresden, die Volksbank und genehmigte die Sitzung, die

12. einschließlichen der zweiten Hälfte des Wirtschaftsjahrs 1918/19 nach der Vorlage. Bei dem Vorschlag konnten die Unabdingbaren vorgekommen, welche erneut, nach die bestellten Mittel für die Verstärkung der Dienstleistungen des Volksbankausschusses nach Brüder unter den geschlossenen Volksbankvereinigungen nicht ausreichend sind, welche in der Ausführung des Volksbankausschusses die bestellten Vorschläge eintraten müßten. Da handelt sich aber nur um eine Verstärkung für bessere Zeiten. Die Sitzung der Stadt Dresden wegen Gewerbeausstellung der östlichen Institute an der Technischen Hochschule zu Dresden wird der Regierung zur Gewerbeausstellung überreicht. Bei Kapitel 99, Laubhummernanstalten, liegt der Dienstleistungen des Abg. Schwager (Dem.) eine Sitzung vor, in der der Ansicht Ausdruck gegeben wird, daß die Laubhummernanstalten nicht auf der Höhe standen und andere Säulen hätten, um die Laubhummern Kinder hinreichend zu unterrichten. Da eine andere Sitzung wird dagegen erwähnt, daß aus den Laubhummernanstalten schon viele hervorragende Männer hervorgegangen seien. Die Sitzung wurde der Regierung als Material überreicht.

Es folgt sodann die zweite Sitzung der Untergabe für die praktische und wissenschaftliche Prüfung der Sparbanken sowie die Sitzung der Gewerbeausstellung.

Berichterstatter Abg. Günther (Dtsch. Vp.) teilt mit, daß der Antrag mit den Nutzungen eingehend berücksichtigt und umfaßt wurde, um die Laubhummernanstalten nicht auf der Höhe standen und andere Säulen hätten, um die Laubhummern Kinder hinreichend zu unterrichten. Da eine andere Sitzung wird dagegen erwähnt, daß aus den Laubhummernanstalten schon viele hervorragende Männer hervorgegangen seien. Die Sitzung wurde der Regierung als Material überreicht.

Schließlich wird die Anfrage des Abg. Günther über den Abstand der Lebensmittelwirtschaftlichkeit

dem Antragsteller begründet. Seine Anfrage lautet: Sind der Regierung Maßnahmen bekannt, die von der zuständigen Reichsbehörde vorgenommen sind, um die längst überfällige gewordene Swangbewirtschaftung der Bett- und Margarineverarbeitung ohne weiteren Verzug aufzuhören, und wie gedenkt man den planmäßigen Abbau der Lebensmittelwirtschaftlichkeit überdrückt, schnellster durchzuführen? Rieder weiß ein langes Kapitel der Margarineverarbeitung. Die Hauptschwierigkeit, die Margarine zum freien Verkauf zu stellen, sei, daß große Bestände vorhanden seien, welche zu hohen Preisen angekauft würden und nicht ohne große Verluste abzuverkaufen seien. Die Margarine müßte in besserer Qualität zu billigen Preisen in den freien Handel gebracht werden, dann werde auch der Abfall keine Schwierigkeiten bieten. Die Kriegsgefäßschäden müßten schnellstens aufgelöst werden. Stotzgräfe möchte noch in der Swangswirtschaft bleiben, aber den Weizen könnte man freigeben. Die Fleischwirtschaft würde ja schon jetzt so geführt, daß Fleisch ohne Marken überall zu haben sei. Den Bandwirten könne nicht alles schwierig sein, welche zu hohen Preisen angekauft würden und nicht ohne große Verluste abzuverkaufen seien. Die Margarine müßte in besserer Qualität zu billigen Preisen in den freien Handel gebracht werden, dann werde auch der Abfall keine Schwierigkeiten bieten. Die Kriegsgefäßschäden müßten schnellstens aufgelöst werden. Stotzgräfe möchte noch in der Swangswirtschaft bleiben, aber den Weizen könnte man freigeben. Die Fleischwirtschaft würde ja schon jetzt so geführt, daß Fleisch ohne Marken überall zu haben sei. Den Bandwirten könne nicht alles schwierig sein, welche zu hohen Preisen angekauft werden. Es sei dennoch die Aufhebung der Swangbewirtschaftung in Fleisch wohl zum Decret zu erwarten. Der Kartoffeln hätte man jetzt ohne jede Einschränkung dem Freihandel überlassen können. Es liege ein voller Banzer vor der Swangswirtschaft vor. Die Befreiung vor der Swangswirtschaft. Die Kommunalverabredung, die sich stark mit öffentlichen eingedeckt hätten, verlässt ungheime Summen.

Für den beurlaubten Minister Schwartz antwortet Ulrichsminister Heidek. Er kann nicht auf Anhänger eingehen, da er zu wenig unterschiedet sei. Der Vorsteher des Landeslebensmittelamtes sei dazu bereit. Hinrichs des Standpunktes der Regierung habe er zu erkennen, daß diese solange nicht für die Aushebung der Swangswirtschaft sein könnte, als die Nachfrage nach Lebensmitteln noch viel größer sei als die Angebote. Einzelne Produkte aus der Swangbewirtschaftung heranzubringen sei aber nicht ungeläufig, was die Preisbereiche bei Freilassung des Marktes, des Lebens und der Eier bewiesen hätte. Um übrigens drohte der Minister keinerlei neue Beweise gegen die Wiedereinführung des Freihandels bei.

Der Vorsteher des Landeslebensmittelamtes Wintzendorf v. Höhnel erweiterte die Ausführungen des Vorsteher und nannte die Preise und die Produkte, die man in Berlin vorgefunden habe, um sie aus der Swangbewirtschaftung zu befreien. Preisgehalte wurde an der Swangbewirtschaftung für Brot, Fleisch, Butter, Milch und Schmalz.

In den Aussprache, die sich sehr in die Breite setzte, aber nicht viel Neues zur Geltung brachte, trat die rechte Seite des Hauses durchaus für den Freihandel ein, während die linke Seite zum Teil die Einschränkung dem Freihandel überlassen könne. Es liege ein voller Banzer vor der Swangswirtschaft vor.

Nächste Sitzung Freitag 1. August. Gleichzeitig und Gleichzeitig über die Besoldung der Gemeindebeamten, sowie die Gesetzgebung über Vermehrung der Amtsschäden in den Bandesansätzen.

Der Vorsteher des Bandeslebensmittelamtes Wintzendorf v. Höhnel erweiterte die Ausführungen des Vorsteher und nannte die Preise und die Produkte, die man in Berlin vorgefunden habe, um sie aus der Swangbewirtschaftung zu befreien. Preisgehalte wurde an der Swangbewirtschaftung für Brot, Fleisch, Butter, Milch und Schmalz.

In den Aussprache, die sich sehr in die Breite setzte, aber nicht viel Neues zur Geltung brachte, trat die rechte Seite des Hauses durchaus für den Freihandel ein, während die linke Seite zum Teil die Einschränkung dem Freihandel überlassen könne. Es liege ein voller Banzer vor der Swangswirtschaft vor.

Zur Konferenz in Epe.

1. Berlin. Giner Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ infolge, wird die in der Allgemeinen Zeitung ausführliche Meldung die die Schaffung von Lebensmittel- und Rohstoffen von England mit 22 Prozent übernommen werden. Die übernommenen Güter werden die britischen 70 Prozent und verteilen sie unter das Wirtschaftsgebiet des Vereinigten Königreichs.

2. Epe. Hanau meldet, daß, wenn die deutschen Delegierten heute das Abkommenprotokoll unterzeichnen, die Konferenz die Eröffnung des Friedens aufzumachen gäbe und wieder aufgenommen werde. Nach Göring hat den Wunsch ausgesprochen, Epe am Freitag zu verlassen.

3. Hanau. Der sächsische Minister des öffentlichen Arbeites erläutert dem Sonderberichterstatter der Hanauer Agentur, daß wie von dem zwischen den Alliierten abgeschlossenen Vertrag vorgesehen die bestellten Mittel der Volksbanken unter den bestellten Dienstleistungen der Volksbanken eingesetzt werden. Die bestellten Dienstleistungen der Volksbanken erlauben die bestellten Dienstleistungen der Volksbanken.